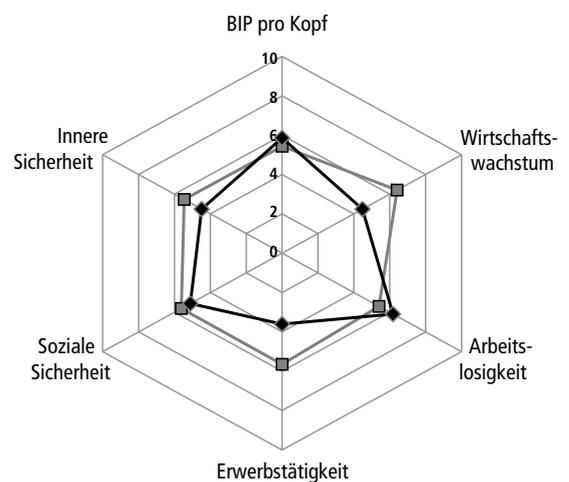
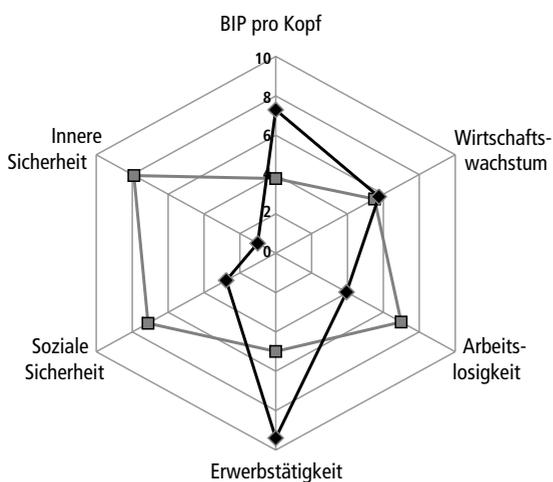


Bremen

Kurzporträt				
Größe	404 km ²			
Landesregierung	1991–1995: SPD/FDP/Die Grünen · 1995–1999: SPD/CDU · 1999–2003: SPD/CDU · 2003–2007: SPD/CDU · 2007–2011: SPD/Bündnis 90/Die Grünen			
	2002	2004	2006	2008
Einwohner in Mio.	0,660	0,663	0,6630	0,663
Einwohnerdichte je km ²	1.633	1.641	1.642	1.641
Registrierte Arbeitslosigkeit in Prozent	13,7	14,4	16,3	12,6
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in Prozent	15,8	15,7	18,8	15,2
BIP pro Kopf in Euro	35.000	35.600	38.900	41.800
Wirtschaftswachstum in Prozent	0,8	0,4	3,7	1,7

Zielgrößen

Aktivitätsniveaus



◆ Bremen ■ Deutschland

1 = schlechtester Wert, 10 = bester Wert

Alle Angaben in Punktwerten

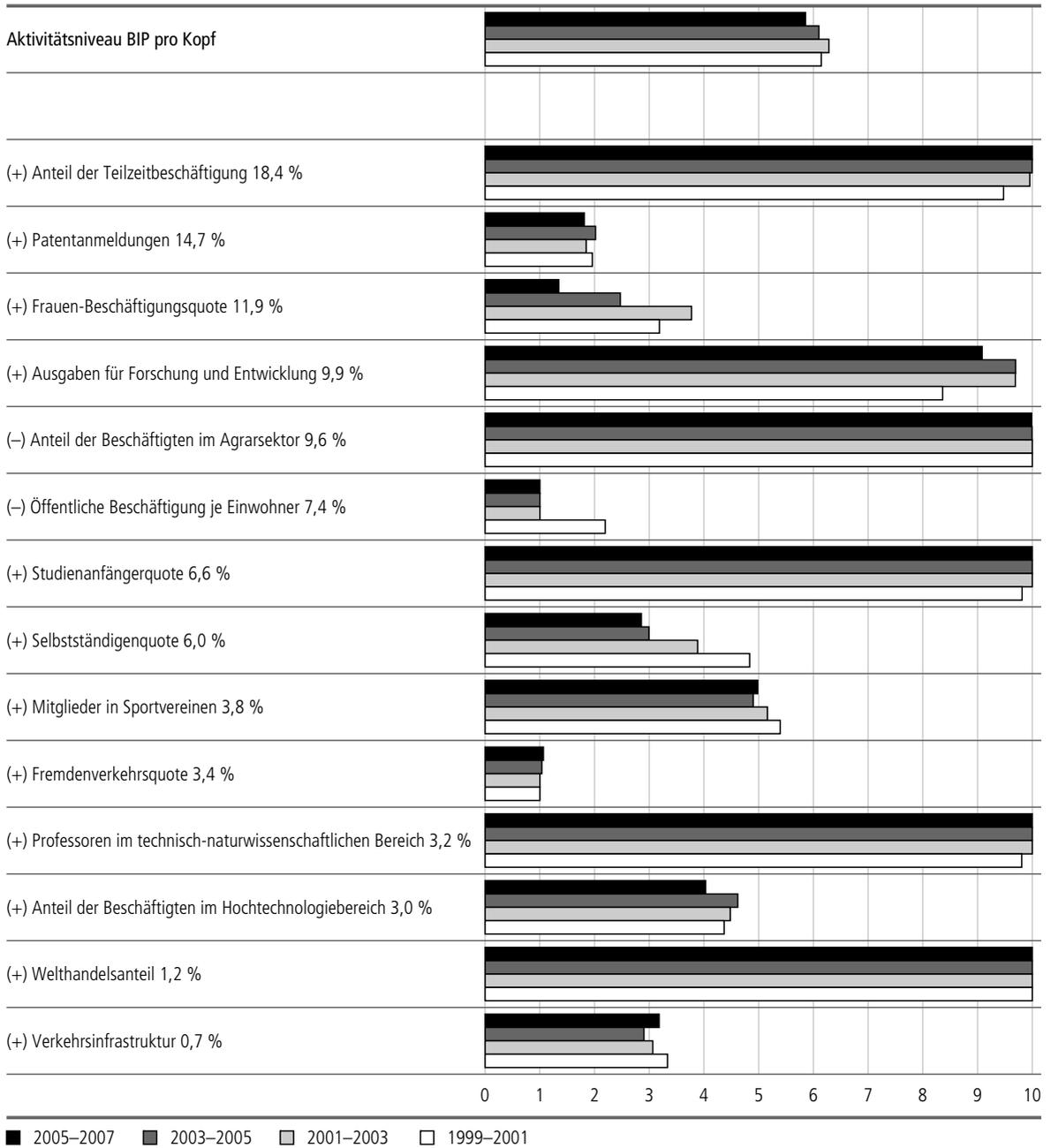
Ausgangssituation

Klimawandel bedroht Existenz	Das Land Bremen steht vor großen Herausforderungen. Nicht nur Bremerhaven, die einzige deutsche Großstadt direkt an der Nordseeküste, sondern auch die Stadt Bremen ist sturmflutgefährdetes Gebiet. Der Klimawandel und das damit verbundene Ansteigen des Meeresspiegels bedrohen langfristig die Existenz des Landes. Der Küstenschutz ist daher eine Kraftanstrengung, die in Zukunft immer wichtiger wird. Hier kann sich das Land gemäß Artikel 91a GG auch weiterhin auf die Hilfe des Bundes verlassen.
Schuldenlast gefährdet langfristige Entwicklung	Doch auch Bremens enormer Schuldenberg stellt eine Gefahr für die langfristige Entwicklung des Landes dar. Mit steigendem Schuldenstand nehmen die Zinsverpflichtungen zu und engen den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum immer stärker ein. Schon einmal hat das Land Sanierungshilfen in Höhe von insgesamt 8,5 Mrd. Euro erhalten – mit dem Ergebnis, dass die Schulden danach höher waren als zuvor. Spätestens nach dem Berlin-Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind die Hürden für weitere Hilfen jedoch deutlich höher gesteckt. Bundesergänzungszuweisungen für die Sanierung eines Not leidenden Landeshaushalts gibt es demnach nur, wenn die Situation eines Landes im Verhältnis zu den übrigen Ländern als extrem zu werten ist. Angesichts der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise und der sich dramatisch verschlechternden Situation aller öffentlichen Haushalte sollte Bremen nicht auf schnelle Hilfe spekulieren. Dem Land bleibt nichts anderes übrig, als seine Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung auf der Einnahme- wie auch auf der Ausgabenseite auszuschöpfen.

Einkommen

Gute Einkommenssituation ...	Trotz aller finanziellen Probleme gehört die Freie Hansestadt Bremen im Zielgrößenbereich »Einkommen« zu den erfolgreichsten Bundesländern. Die Hansestadt weist im aktuellen Beobachtungszeitraum mit rund 40.400 Euro das zweithöchste BIP pro Kopf deutschlandweit auf. Ebenfalls überdurchschnittlich – wenn auch nur knapp – war das Wirtschaftswachstum des Landes (2,33 Prozent). Damit konnte Bremen wieder schneller wachsen als der direkte Konkurrent Hamburg, der nur um 1,83 Prozent zulegte. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, sollte Bremen jedoch sein Aktivitätsniveau »Wirtschaftswachstum« erhöhen. Mit 4,47 Punkten liegt es hier knapp zwei Punkte unter dem Bundesdurchschnitt. Im Aktivitätsbereich »Einkommen« befindet sich das Land daher nur im Mittelfeld.
... trotz finanzieller Probleme	Geographisch in der norddeutschen Tiefebene gelegen, weist Bremen keine größeren natürlichen Erhebungen auf. Den weitesten Schatten wirft daher der enorme Schuldenberg, den das Land über die Jahre angehäuft hat. Im aktuellen Beobachtungszeitraum kommen auf jeden Einwohner rund

BIP pro Kopf Bremen



Alle Angaben in Punktwerten

20.000 Euro Landesschulden und damit mehr als in jedem anderen Bundesland (Bundesdurchschnitt: ca. 5.800 Euro). Zudem geht die Schere gegenüber den beiden Ländern mit der zweit- und dritthöchsten Pro-Kopf-Verschuldung, Berlin und Hamburg, weiter auf: gegenüber Hamburg bereits seit dem Beobachtungszeitraum 2001–2003, in dem Bremen noch Entschuldungshilfen des Bundes empfangen hat, im Vergleich zu Berlin seit der aktuellen Beobachtungsperiode. Sogar im Jahr 2007, als die Hälfte der Bundesländer – darunter auch Berlin – Haushaltsüberschüsse erzielte, sind die Landesschulden Bremens um etwa vier Prozent weiter gestiegen. Land und Stadtgemeinden verzeichneten im selben Jahr zusammen eine Kreditfinanzierungsquote von rund 19 Prozent.

Abwanderung
einkommensstarker
Familien verhindern

Dabei hat der kleinste Stadtstaat weniger ein Einnahme- als vielmehr ein Ausgabenproblem. So hatte das Land mit 2.740 Euro im aktuellen Beobachtungszeitraum die zweithöchsten Steuereinnahmen je Einwohner. Sicherlich könnten diese Einnahmen aufgrund des »Speckgürtel«-Phänomens höher sein, wenn die Zerlegung der Lohnsteuer nicht nach dem Wohnsitzlandprinzip, sondern dem Betriebsstättenprinzip erfolgen würde. Dass man auch im gegenwärtigen System als Stadtstaat deutlich höhere Steuereinnahmen erzielen kann, zeigt Hamburg mit 4.246 Euro je Einwohner im selben Zeitraum. Im Rahmen des (ehemaligen) Leitbildes »Wachsende Stadt« setzte Hamburg unter anderem auf die Zuwanderung von Menschen mit hohem Bildungsstand. Für diese umworbene Gruppe sollte die Stadt so attraktiv wie möglich gestaltet werden, etwa durch die Verbesserung weicher Standortfaktoren wie Sicherheit und Naherholung. Diese Strategie dürfte auch dazu beigetragen haben, die Abwanderung einkommensstarker Familien in das Umland zu verhindern.

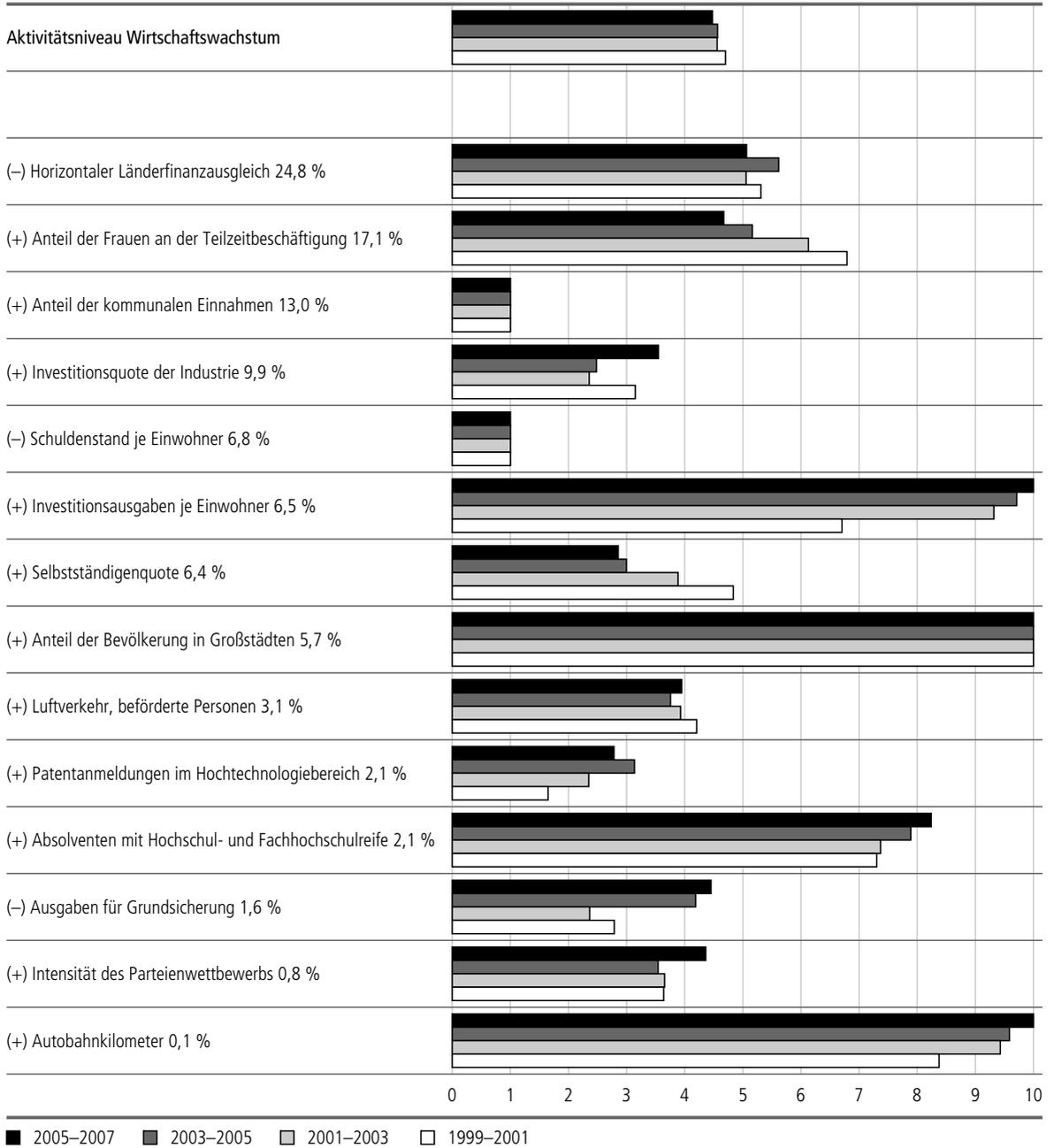
Drückende Zins-
verpflichtungen und
wachsende
Pensionslasten

Doch die Unterschiede bei den Pro-Kopf-Steuereinnahmen werden durch Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) ohnehin relativ stark eingeebnet. So erhielt Bremen im aktuellen Beobachtungszeitraum je Einwohner 485 Euro aus dem LFA und rund 300 Euro an BEZ, während Hamburg je Einwohner 408 Euro in den LFA einzahlen musste. Bremen sollte daher sein Hauptaugenmerk auf die Ausgaben richten und diese an die Einnahmesituation anpassen. Schon jetzt bedeuten die drückenden Zinsverpflichtungen in Verbindung mit wachsenden Pensionslasten eine Gefahr für die Entwicklung des Landes. Mit Zinsausgaben je Einwohner in Höhe von 755 Euro landet die Hansestadt beim entsprechenden Wirkungsfaktor abgeschlagen auf dem letzten Platz (Bundesdurchschnitt: 253 Euro). Zudem muss das Land gemäß der beschlossenen Schuldenbremse ab 2020 ohne neue Schulden auskommen. Es gilt daher, schleunigst die vorhandenen Potenziale zu identifizieren und konsequent auszuschöpfen.

Höchster Anteil an
Landesbediensteten

Konsolidierungspotenziale bestehen beispielsweise bei den Personalausgaben. So verzeichnet Bremen seit dem Beobachtungszeitraum 2001–2003 je Einwohner die meisten Landesbediensteten unter allen Bundesländern und

Wirtschaftswachstum Bremen



Alle Angaben in Punktwerten

verdrängte damit beim Wirkungsfaktor »Öffentliche Beschäftigung je Einwohner« Berlin vom letzten Platz. Das Beispiel Berlin zeigt, dass auch bei den Beschäftigten die Bereitschaft besteht, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Die Landesregierung muss angesichts der dramatischen Lage die Möglichkeiten der durch die Föderalismusreform I übertragenen Kompetenzen im Personal- und Versorgungsbereich noch stärker nutzen. Doch die Personalausgaben stellen nur einen Teilbereich, wenn auch den größten, der konsumtiven Ausgaben dar. Es gilt daher, auch die weiteren Ausgabenposten auf Einsparpotenzial zu überprüfen.

Zu hohe Investitionsausgaben

Angesichts der weit überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Investitionsausgaben muss Bremen auch an dieser Stelle kürzen, um den Haushaltsausgleich zu schaffen. So ist es nicht nachzuvollziehen, warum Bremen einen höheren Investitionsbedarf als die neuen Bundesländer hat. Diese erhalten ja gerade deshalb Mittel aus dem Solidarpakt II, damit sie die Lücke zu den westdeutschen Ländern schließen können. Der Unterschied zu den anderen westdeutschen Bundesländern zeigt deutlich, welches Einsparpotenzial bei diesem Posten besteht. So lagen die Investitionsausgaben Bremens pro Kopf im aktuellen Beobachtungszeitraum fast doppelt so hoch wie die der beiden besonders erfolgreichen Länder Hamburg und Bayern. Für Bremen dürfte es sich daher kaum als schädlich erweisen, dass das Land plant, die Investitionsausgaben bis 2011 im Vergleich zu 2005 um über 40 Prozent abzusenken, solange die Investitionsausgaben dorthin fließen, wo sie den größten Nutzen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes entfalten.

Gute Verkehrsinfrastruktur

So steigern etwa Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur die Standortattraktivität, ermöglichen den Austausch von Waren und Dienstleistungen und wirken sich dadurch positiv auf Wachstum und Wohlstand aus. Verglichen mit den anderen Bundesländern gibt es hier in Bremen kaum Verbesserungspotenzial. Das Land nimmt beim Wirkungsfaktor »Autobahnkilometer« den Spitzenplatz ein. Durch den geplanten Anschluss der vorhandenen Bauabschnitte der A281 an die Autobahnen A1 und A27 dürfte Bremen seinen Vorsprung weiter vergrößern. Angesichts des ohnehin schon gut ausgebauten Autobahnnetzes sowie der schwierigen Finanzsituation sollte jedoch (nicht nur) bei dieser Infrastrukturmaßnahme das Hauptaugenmerk auf die Minimierung der Kosten gelegt werden. Es ist daher positiv zu bewerten, dass Bau und Betrieb der Weserquerung in Form eines Public Private Partnership erfolgen. Die Maßnahme bedeutet auch eine noch bessere Anbindung des größten Flughafens der Wesermetropole. Schon im aktuellen Beobachtungszeitraum liegt Bremen beim Wirkungsfaktor »Luftverkehr, beförderte Personen« mit 3,95 Punkten im Spitzenquartett (Bundesdurchschnitt: 3,25 Punkte).

Beschäftigung

Auch im Zielgrößenbereich »Beschäftigung« gehört die Freie Hansestadt zur Spitzengruppe, was in erster Linie auf die zweithöchste Erwerbstätigenquote unter allen Bundesländern zurückzuführen ist. Mit 88 Erwerbstätigen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter liegt Bremen nur knapp hinter Hamburg und deutlich vor Berlin sowie den Flächenländern. Dennoch hat das 2-Städte-Land mit einer recht hohen Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) in Höhe von 16,8 Prozent zu kämpfen (Hamburg: 12,7 Prozent). Nur die neuen Bundesländer sowie Berlin weisen höhere Quoten auf. Bremen sollte daher im Aktivitätsbereich »Beschäftigung« noch größere Anstrengungen entfalten. Gegenwärtig liegt es hier im Mittelfeld.

Diskrepanz zwischen beiden Zielgrößenbereichen

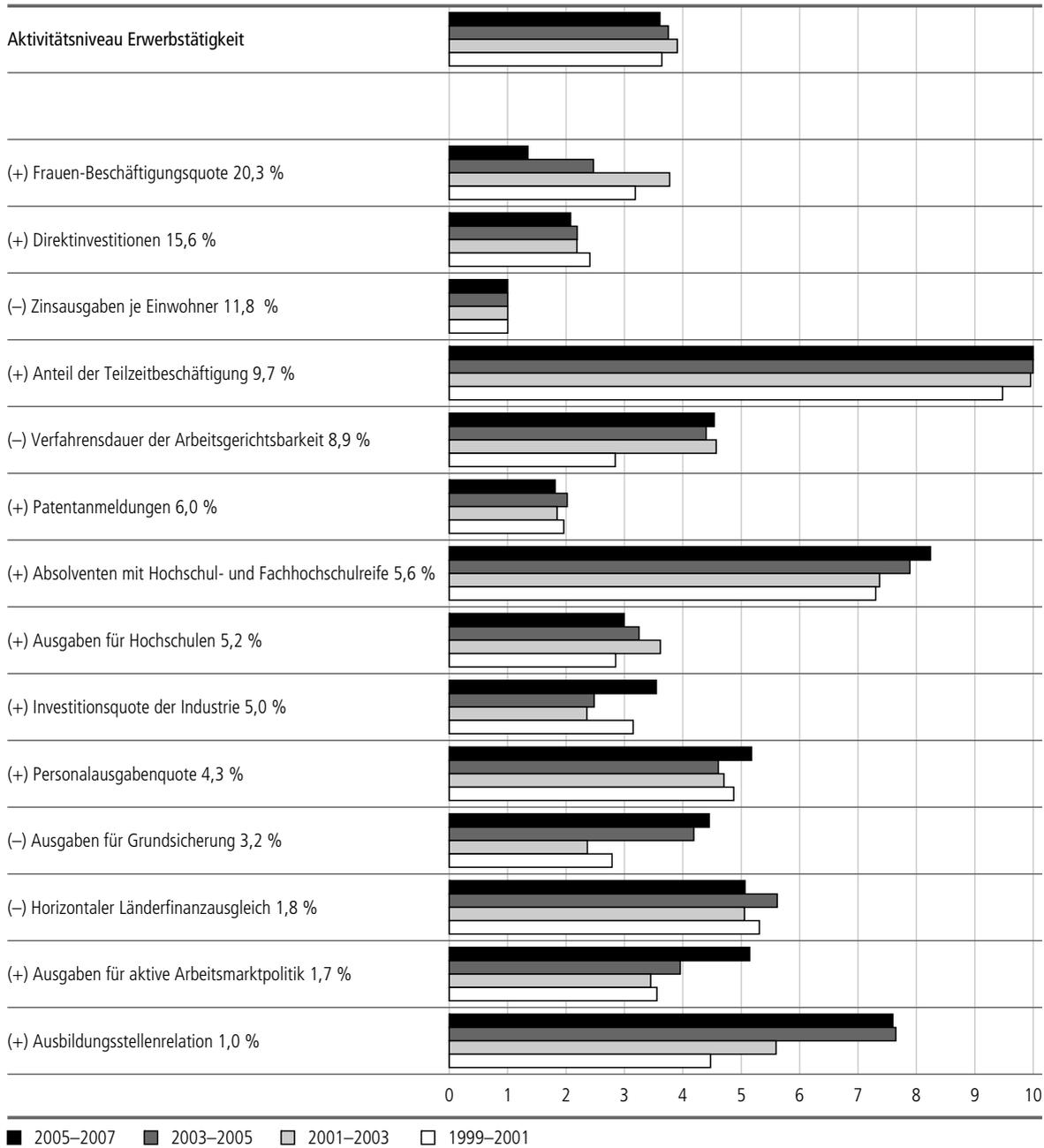
Die hohe Erwerbstätigenquote bei gleichzeitig hoher Arbeitslosenquote lässt vermuten, dass der Arbeitskräftebedarf in Bremen zu einem relativ großen Teil aus Nicht-Bremern gedeckt wird. In der Tat wohnt rund ein Viertel der im Land Bremen beschäftigten Arbeitnehmer nicht im Stadtstaat, sondern überwiegend im niedersächsischen Umland. Nicht zuletzt aufgrund von Suburbanisierungstendenzen verlor Bremen zwischen 1993 und 2002 fast vier Prozent seiner Bevölkerung. Im selben Zeitraum konnten sich die angrenzenden niedersächsischen Landkreise allesamt über deutliche Bevölkerungszugewinne freuen. Die Einwohnerzahl des nördlich der Stadtgemeinde Bremen gelegenen Kreises Osterholz stieg sogar um rund 13 Prozent. Dabei ziehen vor allem relativ einkommensstarke Haushalte sowie Familien in das Umland, während einkommensschwache Haushalte oder Transferempfänger eher in günstigen Stadtwohnungen bleiben. Dies ist aus gesellschaftspolitischer Sicht problematisch, da die räumliche Trennung verschiedener gesellschaftlicher Schichten zunimmt. Zudem ist die Verteilung von Finanzmitteln in hohem Maße einwohnerbasiert, sodass Bremen aufgrund dessen Einnahmen verloren gehen. Außerdem belastet der relativ hohe Transferempfängeranteil den Landeshaushalt. Es ist daher für Bremen von vitalem Interesse, auch als Wohnort für einkommensstarke Haushalte bzw. Familien attraktiv zu sein.

Viele Arbeitskräfte aus niedersächsischem Umland

Dies war ein Grund dafür, wieso im Jahr 2004 das Programm Innenstadt- und Stadtteilentwicklung in der Stadt Bremen – Aktionsprogramm 2010 – entwickelt wurde. Allerdings sollte das Land auch in diesem Bereich öffentliche Mittel möglichst effizient einsetzen. Wie der Landesrechnungshof monierte, hat es die Verwaltung jedoch versäumt, im Vorfeld die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen zu untersuchen. Auch wurde nicht ausreichend begründet, dass die Mittel gemäß den Vorgaben des Senats nach Art und Umfang zwingend erforderlich waren. In Zukunft sollte das Land verstärkt auf klare Zielvorgaben und Erfolgskontrollen setzen, um die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen. Es sollte darüber hinaus für öffentliche Güter, die auch von Bürgern aus den Umlandgemeinden genutzt werden, eine Anhebung der Nut-

Effizienz der Verwaltung erhöhen

Erwerbstätigkeit Bremen



Alle Angaben in Punktwerten

zungsgebühren in Erwägung ziehen. Hierdurch können positive externe Effekte, die von zentral bereitgestellten öffentlichen Gütern auf Umlandgemeinden ausgehen, internalisiert und die Einnahmesituation Bremens verbessert werden.

Die Wesermetropole ist nicht nur über eine ausgeprägte Pendlerverflechtung mit den umliegenden niedersächsischen Städten und Gemeinden verbunden, sondern auch durch zahlreiche Kooperationen, etwa im Rahmen der europäischen Metropolregion Bremen-Oldenburg. Sie umfasst die Freie Hansestadt Bremen mit den Städten Bremen und Bremerhaven sowie Teile Niedersachsens, insbesondere die kreisfreien Städte Oldenburg und Delmenhorst. Derzeitige Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind die Förderung der Windenergie, Projekte der Verwaltungsmodernisierung sowie die Zusammenarbeit der Hochschulen. Erst kürzlich wurde vereinbart, die Wissenschaftskooperation zwischen den beiden Ländern weiter auszubauen. Die Universitäten Oldenburg und Bremen sind bereits seit 1998 durch einen Kooperationsvertrag verbunden. Mit dem neuen Abkommen sollen die Bemühungen der beiden Universitäten zur Zusammenarbeit, besonders im Bereich der Windenergieforschung, der Meeresforschung sowie in der Informations- und Kommunikationstechnologie, gestärkt werden.

Wissenschafts-
kooperation mit
Niedersachsen

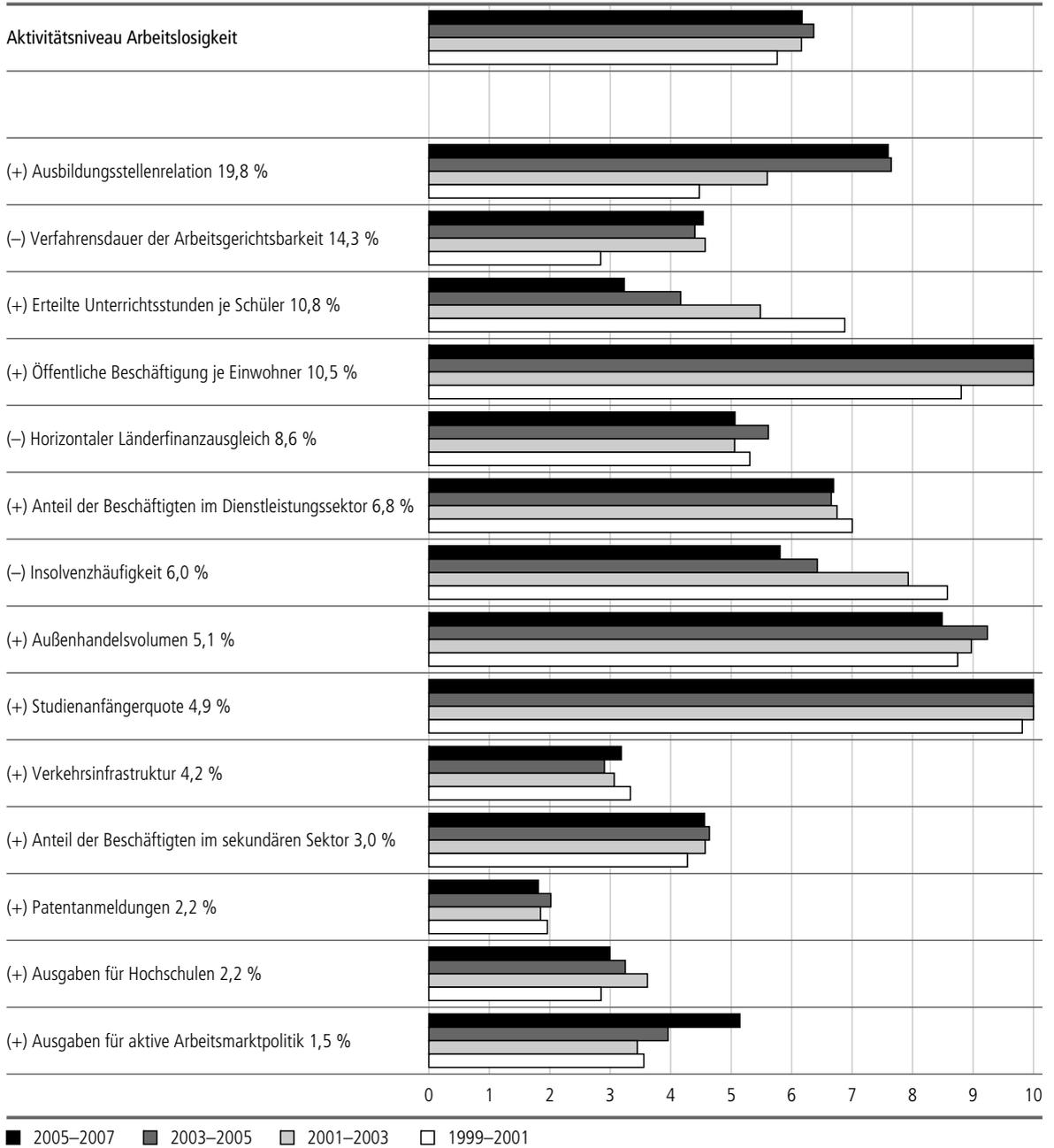
Ebenfalls förderlich für die wissenschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des 2-Städte-Landes ist das bundesweit beste Abschneiden beim Wirkungsfaktor »Professoren im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich« (10 Punkte). Nicht zufällig waren bzw. sind Bremens Hochschulen erfolgreich bei der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder sowie beim Einwerben von Drittmitteln. Der gute Ruf der Bremer Hochschulen erklärt auch die Spitzenplatzierung beim Wirkungsfaktor »Studienanfängerquote«. Schon seit dem Beobachtungszeitraum 1999–2001 hat das Land anteilig an der altersspezifischen Bevölkerung die meisten »Erstis«. Um diese Stellung zu festigen, will Bremen in Zukunft noch stärker mit Niedersachsen in Lehre und Studium zusammenarbeiten. Die Kooperation zielt darauf ab, ein möglichst breites Studienangebot in hinreichender Tiefe und Differenzierung anbieten zu können.

Hochschulen mit
gutem Ruf

In unmittelbarer Nähe zur Universität Bremen entwickelte sich in den letzten Jahren einer der größten deutschen Technologieparks, in dem überwiegend hoch qualifizierte Menschen arbeiten. Im Vergleich der Stadtstaaten schneidet Bremen beim Wirkungsfaktor »Anteil der Beschäftigten im Hochtechnologiebereich« mit 4,03 Punkten am besten ab. Damit liegt das Land jedoch immer noch unter dem Bundesdurchschnitt (5,18 Punkte). Das Gründungszentrum BITZ soll deshalb dazu beitragen, die Wachstums- und Beschäftigungspotenziale im Technologiepark Bremen weiter auszuschöpfen. Ein Indiz für den Erfolg dieser Strategie ist das überdurchschnittlich starke Gründungsgeschehen vor Ort. Dennoch schneidet Bremen beim Wirkungsfaktor »Selbstständigenquote« deutlich schlechter ab als die beiden anderen Stadtstaaten und liegt auch im Vergleich aller Bundesländer nur im Mittel-

Rahmenbedingungen
für Existenzgründer
weiter verbessern

Arbeitslosigkeit Bremen



Alle Angaben in Punktwerten

feld. Der Senat sollte daher versuchen, die Rahmenbedingungen für Existenzgründung und Selbstständigkeit weiter zu verbessern. Welche Potenziale hier noch schlummern, zeigt ein direkter Vergleich zwischen den Stadtstaaten. So waren in Bremen im aktuellen Beobachtungszeitraum lediglich 10,4 Prozent der Erwerbstätigen selbstständig, während es in Berlin 15,7 Prozent und in Hamburg 13,6 Prozent waren.

Angesichts der gut ausgebauten Hochschullandschaft sowie der bundesweit zweithöchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sollte man meinen, dass Bremen bei der Innovationsleistung vorne mit dabei ist. Allerdings zeigt sich bei den »Patentanmeldungen« (Platz 14) und »Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich« (Platz 10), dass es im Innovationsprozess der Bremer Wirtschaft noch Verbesserungspotenzial gibt. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf, da in hoch entwickelten Volkswirtschaften Produkt- und Prozessinnovationen als Quelle für Wachstum und Wohlstand immer wichtiger werden. Heimische Unternehmen, die innovative Produkte anbieten und neue kostensparende Produktionsverfahren anwenden, haben einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren Konkurrenten und damit bessere Entwicklungschancen.

Laut der Studie »Die Bundesländer im Innovationswettbewerb 2009« (Bertelsmann Stiftung 2009) steckt vor allem in den privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben Bremens noch Potenzial. Einen positiven Einfluss auf die Neigung der bremischen Unternehmen, verstärkt in ihre FuE-Abteilungen zu investieren, dürften Maßnahmen der Regierung haben, die das Vertrauen in die künftige Handlungsfähigkeit des Landes erhöhen. Eine schnelle Haushaltskonsolidierung kann somit indirekt zu einem höheren Innovationserfolg Bremens beitragen. Ein weiterer Ansatzpunkt ist eine unternehmensfreundliche und unbürokratische Verwaltung. Es empfiehlt sich daher, die bestehenden Strukturen auf Verbesserungspotenzial zu überprüfen.

Traditionell profitieren Bremen und Bremerhaven von der internationalen Arbeitsteilung und dem Außenhandel. So schneidet Bremen beim Wirkungsfaktor »Welthandelsanteil« zum wiederholten Male mit zehn Punkten am besten ab. Auch beim Außenhandelsvolumen liegt Bremen im aktuellen Beobachtungszeitraum mit 8,49 Punkten vorn. Nur Hamburg ist mit zehn Punkten etwas besser. Von zentraler Bedeutung für die Handelsmetropole sind dabei die Häfen, von denen direkt und indirekt Tausende Arbeitsplätze abhängen. Gegenwärtig wirkt sich diese starke Bedeutung der Hafengewirtschaft jedoch negativ aus. So ist Bremen vom eingebrochenen Welthandel besonders betroffen. Dies gilt insbesondere deshalb, weil in Bremerhaven neben der Verschiffung von Containern der Import und Export von Fahrzeugen eine große Rolle spielt. So wurden allein in Bremerhaven im Jahr 2007 noch mehr als zwei Mio. Fahrzeuge umgeschlagen, transportiert und technisch bearbeitet. Gerade die Automobilnachfrage ist jedoch weltweit drastisch zurückgegangen und mit ihr der Export deutscher Automobile.

Handlungsbedarf im
Innovationsprozess

Potenzial bei
FuE-Ausgaben

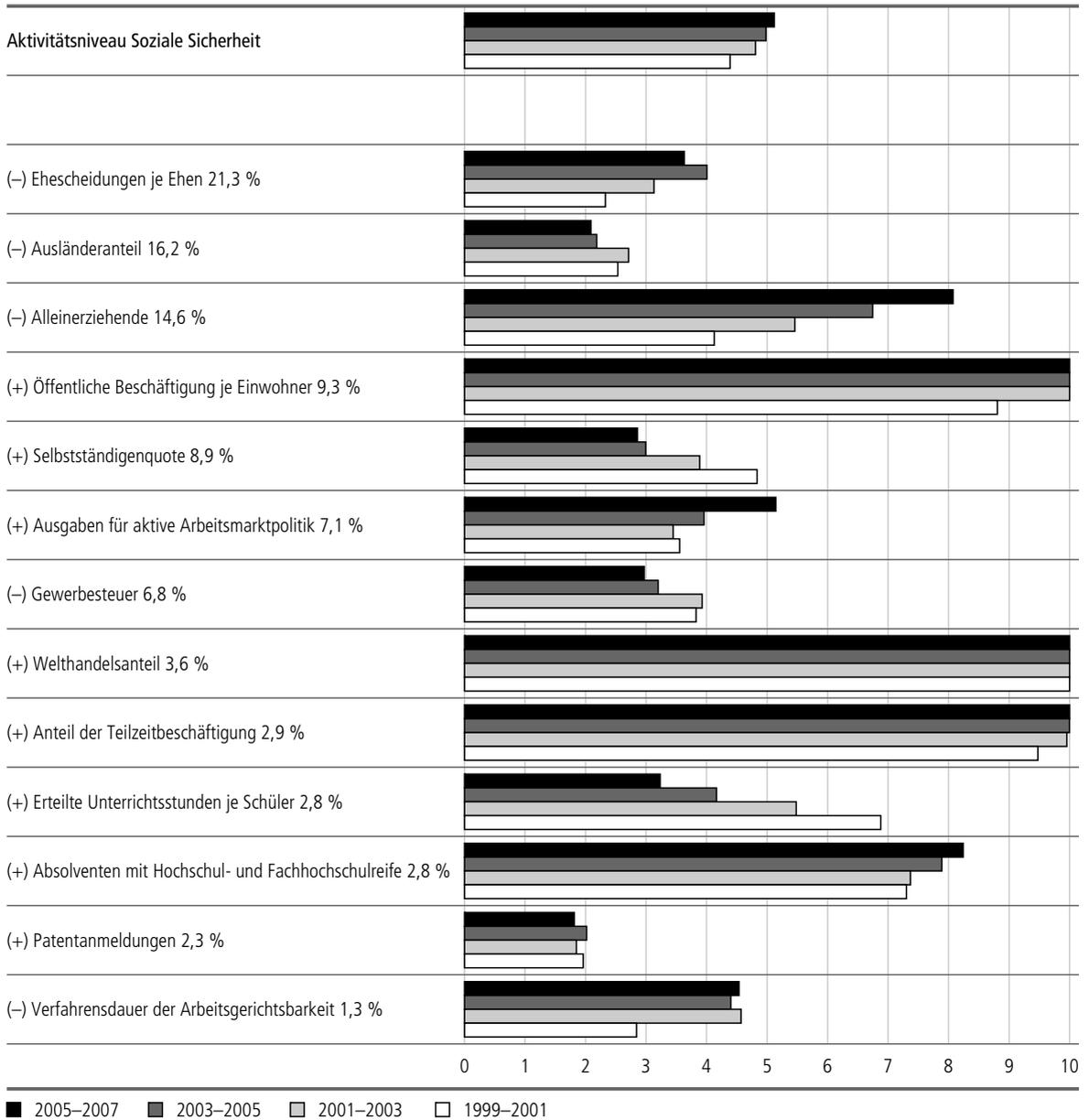
Hafenwirtschaft von
Krise besonders
betroffen

Angeschlagener Schiffbau	Ein weiterer Bereich der maritimen Wirtschaft, der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in ganz Deutschland stark betroffen ist, ist der Schiffbau. Seine Bedeutung hat in Bremen allerdings in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Bleibt zu hoffen, dass die noch verbliebenen Unternehmen der Branche, vorwiegend Nischenanbieter und Zulieferunternehmen, gestärkt aus der Krise hervorgehen. Ein spürbarer Anstieg der Firmenpleiten hätte ansonsten eine weitere Zunahme der ohnehin recht hohen Arbeitslosigkeit zur Folge. Im Zeitraum 2005–2007 lag Bremen beim Wirkungsfaktor »Insolvenzhäufigkeit« mit 5,81 Punkten im Mittelfeld.
Ausbaufähig: die Tourismuswirtschaft in Bremen ...	Stabilisierend wirkt in Zeiten der Wirtschaftskrise der ausgeprägte Dienstleistungssektor des Landes. Allerdings ist der Strukturwandel in Bremen noch nicht so weit fortgeschritten wie in den anderen beiden Stadtstaaten. Während an der Weser 77,9 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe arbeiten, sind es an der Elbe 84,1 Prozent und an der Spree sogar 85,5 Prozent (Bundesdurchschnitt: 71,9 Prozent). Ein noch ausbaufähiger Bereich des tertiären Sektors ist die Tourismuswirtschaft. So liegt Bremen bei der Fremdenverkehrsquote mit 1,07 Punkten auf Platz 14, während Berlin (2,84 Punkte) und Hamburg (2,36 Punkte) auf einstelligen Rangplätzen landen. Größtes Kapital der Bremer Tourismusbranche ist sicherlich der historische Marktplatz der Stadtgemeinde mit Rathaus, Roland und Dom.
... und Bremerhaven	In Zukunft könnte sich auch Bremerhaven immer mehr zu einem Touristenmagneten entwickeln. Das sogenannte Klimahaus Bremerhaven, ein neues Museum, lässt seine Besucher eine Reise entlang des achten Längengrades machen. Das trockenheiße Klima der nigerianischen Halbwüste wird hier genauso erlebbar wie die Kälte der Antarktis. Das Klimahaus soll seine Besucher auch für die Folgen des Klimawandels sensibilisieren. Für einen Urlaub in Deutschlands einziger Großstadt an der Nordsee sprechen zudem das Deutsche Auswandererhaus sowie das Historische Museum Bremerhaven. Es gilt, die vorhandenen Potenziale und damit die Wachstums- und Beschäftigungseffekte noch besser zu nutzen.

Sicherheit

Schwachpunkt innere Sicherheit	Der Zielgrößenbereich »Sicherheit« stellt den Schwachpunkt Bremens dar. Wie schon in den Vorperioden befindet sich Bremen auch im aktuellen Beobachtungszeitraum in der Schlussgruppe. Insbesondere bei der Zielgröße »Innere Sicherheit« gibt es erhebliches Verbesserungspotenzial. Zugegeben haben die Stadtstaaten hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung relativ ungünstige siedlungsstrukturelle Voraussetzungen. So wirkt sich der Wirkungsfaktor »Anteil der Bevölkerung in Großstädten« negativ auf die Sicherheitslage aus. Doch Bremen schneidet bei der Zielgröße »Innere Sicherheit« auch in der Gruppe der Stadtstaaten mit Abstand am schlechtesten ab. Während Berlin
--------------------------------	--

Soziale Sicherheit Bremen



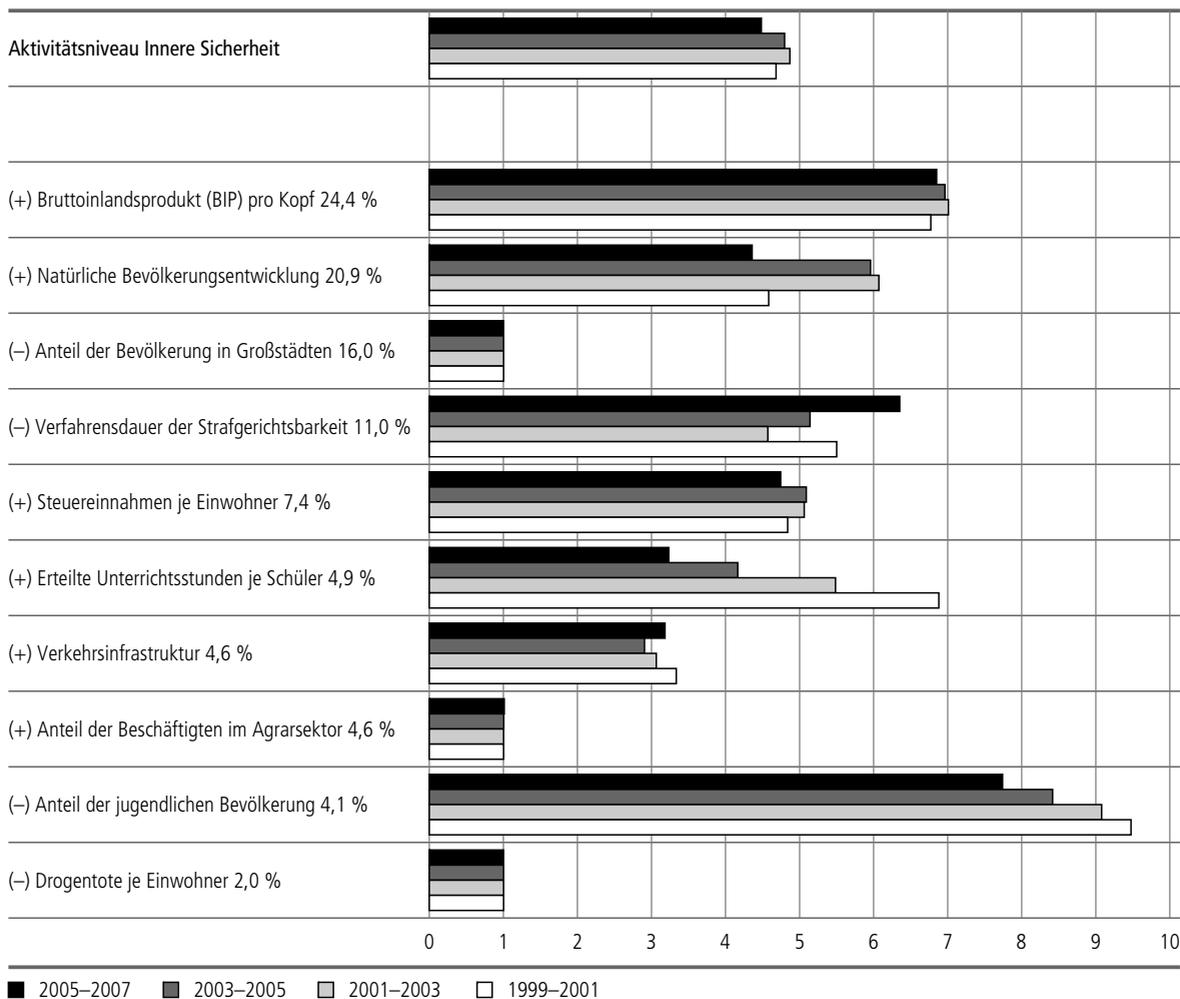
Alle Angaben in Punktwerten

und Hamburg 7,25 bzw. 7,27 nicht aufgeklärte Straftaten je 100 Einwohner verzeichnen, sind es im 2-Städte-Land 8,43.

Die Freie Hansestadt Bremen sollte daher ihr entsprechendes Aktivitätsniveau erhöhen, denn mit 4,48 Punkten liegen die Aktivitäten des Landes rund einen Punkt unter dem Länderdurchschnitt. Auf mehr Personal zu setzen, scheint angesichts der äußerst angespannten Haushaltslage jedoch

Hohe Drogenkriminalität

Innere Sicherheit Bremen



Alle Angaben in Punktwerten

keine gute Lösung zu sein. Vielmehr sollte das Land ausloten, inwieweit das vorhandene Personal effizienter eingesetzt werden kann. So könnten Polizeibeamte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, um die Polizeipräsenz besonders in den Brennpunkten zu erhöhen. Auch über eine stärkere Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Kollegen können Effizienzreserven ausgeschöpft werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf den Bereich Drogenkriminalität gerichtet werden, denn die Wesermetropole liegt beim Wirkungsfaktor »Drogentote je Einwohner« mit nur einem Punkt abgeschlagen auf dem letzten Platz. Die mit dem Konsum illegaler Drogen einhergehende Beschaffungskriminalität wirkt sich negativ auf die allgemeine Sicherheitslage aus.

Positiv zu bewerten ist die Verbesserung beim Wirkungsfaktor »Verfahrens-dauer der Strafgerichtsbarkeit«, da schnelle Gerichtsurteile eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Straftäter haben. Bremen konnte seinen entsprechenden Wert um mehr als einen Punkt steigern und liegt nun mit 6,61 Punkten auf dem fünften Platz (Bundesdurchschnitt: 5,93 Punkte).

Verkürzte
Verfahrensdauer

Auch bei der sozialen Sicherheit stellt sich die Situation in Bremen wenig günstig dar, wie man an der entsprechenden Zielgröße erkennen kann. Die Wesermetropole belegt mit knapp 168 Transferempfängern je 1.000 Einwohner den drittletzten Platz. Nur in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind je 1.000 Einwohner mehr Menschen auf Transfers angewiesen. Bremen sollte daher seine Anstrengungen in diesem Bereich intensivieren. Im aktuellen Beobachtungszeitraum ist das Aktivitätsniveau »Soziale Sicherheit« mit 5,12 Punkten relativ niedrig (Länderdurchschnitt: 5,62 Punkte).

Angespannte
soziale Sicherheit

Als Stadtstaat ist Bremen in besonderem Maße vor die Herausforderung gestellt, für eine gute Integration ausländischer Mitbürger zu sorgen. Das Land hat nach Hamburg und Berlin den dritthöchsten Ausländeranteil, im aktuellen Beobachtungszeitraum 12,9 Prozent. Damit Kinder mit Migrationshintergrund und eingeschränkten Deutschkenntnissen im Bildungssystem nicht auf der Strecke bleiben, bedarf es einer besonderen Förderung. Dies dürfte ein Grund dafür gewesen sein, dass Bremen erst kürzlich verbindliche Sprachtests ein Jahr vor der Einschulung eingeführt hat. Wenn ein Förderbedarf festgestellt wird, ist die Teilnahme an einer Sprachförderung gesetzlich verpflichtend. Darüber hinaus gilt es in Bremen, mehr Kindern mit Migrationshintergrund die Teilnahme an frühkindlicher Bildung und Betreuung zu ermöglichen. Nur 75 Prozent von ihnen besuchen einen Kindergarten, während hier 96 Prozent der Kinder ohne Migrationshintergrund teilnehmen. Zusätzlich sollte Bremen dringend versuchen, den Unterrichtsausfall zu minimieren. Das Land hat sich beim Wirkungsfaktor »Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler« seit dem Beobachtungszeitraum 1999–2001 um 3,65 Punkte bzw. fünf Plätze verschlechtert und liegt aktuell mit 3,23 Punkten nur noch auf dem elften Platz.

Zu viel Unterrichtsausfall

Einschätzung

Findige Kaufleute sowie Unternehmer mit Geschäftssinn und Ideen haben Bremen groß gemacht. Auch heute noch sind sie eine wichtige Quelle für Wohlstand in der Hansestadt. Damit dies so bleibt, sollte das Land durch eine solide Haushaltspolitik das Vertrauen der wirtschaftlichen Akteure in den Standort fördern. Dies dürfte auch die Neigung von potenziellen Gründern erhöhen, im 2-Städte-Land den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Trotz weitgehend guter Rahmenbedingungen für Unternehmertum weist

Vertrauen in den
Standort fördern

Bremen im Vergleich der Stadtstaaten noch immer eine relativ niedrige Selbstständigenquote auf.

Dringend notwendig:
Schuldenberg abtragen

Ebenfalls ausbaufähig sind die Anstrengungen der Unternehmen im Bereich Forschung und Entwicklung. Auch hier könnte das Vertrauen in die finanzielle Zukunftsfähigkeit des Landes den Ausschlag dafür geben, dass Unternehmen stärker in ihre FuE-Abteilungen investieren. Flankierend sollte die Verwaltung des Landes konsequent unternehmensfreundlich und unbürokratisch ausgerichtet werden. Gut aufgestellt ist Bremen im Bereich der Grundlagenforschung und des Verkehrswegenetzes. Für den Straßen- wie den Luftverkehr steht eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung. Die weitere Entwicklung Bremens hängt folglich vor allem von der politischen Bereitschaft ab, den enormen Schuldenberg abzutragen. Dabei gilt: Auch ein langer Weg beginnt mit dem ersten Schritt.